

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Zeitplan für Referendum unrealistisch

Nachdem die für Mitte Juni geplanten Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung auf unbestimmte Zeit verschoben wurden, hat ein führender Vertreter der Wahlkommission darauf hingewiesen, dass auch die von der CPN-UML und CPN-Maoist erhobene Forderung, Mitte Juni ein Referendum über den Fortbestand oder die Abschaffung der Monarchie abzuhalten, „technisch unmöglich“ sei. Ein solches Referendum würde zunächst eine Änderung des Artikels 159 der Interimsverfassung erfordern. Danach müssten entsprechende gesetzliche Bestimmungen und Direktiven für die Durchführung des Referendums erlassen werden und ein nationales Wahlkomitee einberufen werden.

Volkszählung braucht vier Jahre Vorlauf

Der stellvertretende Direktor des Zentralbüros für Statistik (CBS) Rudra Suwal erklärte, eine Volkszählung sei kurzfristig nicht möglich. „Um einen regulären 10-Jahreszensus durchzuführen, braucht das CBS vier Jahre für die technische Vorbereitung und die Durchführung von der Planung, über die Datenverarbeitung bis zur Veröffentlichung der Endergebnisse.“ Da das CBS internationale Standards und Normen einhalten müsse, könne ein Zensus nicht ohne die notwendige Vorbereitung durchgeführt werden. Eine allein auf das Terai beschränkte Volkszählung könne die bestehenden Probleme nicht lösen und würde vielmehr neue Krisen nach sich ziehen. Politiker hatten eine Volkszählung gefordert, um Konflikte um eine angemessene Repräsentation des Terai bei Wahlen zu überwinden.

Maoistenchef Prachanda fordert schnelle Proklamation einer Republik

Auf einer von der *Communist Party Nepal* (Maoist) organisierten Veranstaltung zum 1. Mai hat Maoistenchef Prachanda erneut vor einer „Konspiration reaktionärer Kräfte“ gewarnt, eine umgehende Proklamation einer Republik gefordert und damit gedroht, die Maoisten würden aus Regierung und Parlament, aus den Lagern heraus und auf der Straße eine groß angelegte Kampagne starten, falls dies nicht bald geschehe. „Die Grundlage der Acht-Parteien Einheit besteht nicht mehr. Eine neue Grundlage muss gefunden werden und nur die Erklärung einer Republik

kann eine solche Basis sein.“ Ein Jahr nach dem Rückzug des Königs seien „Verschwörungen“ gegen das 12-Punkte-Abkommen erkennbar. „Wir werden im Parlament und in den Lagern explodieren“, sagte er und drohte „Reaktionären“ mit unbarmherziger Härte, falls sie sich öffentlich zeigten.

USA halten CPN-Maoist weiterhin für terroristische Organisation

Trotz ihrer Beteiligung an der Übergangsregierung wird die *Communist Party Nepal* (Maoist) von den USA weiterhin als terroristische Organisation eingestuft. Wie aus einem Bericht des US-Außenministeriums hervorgeht, sollen die Maoisten im Zeitraum zwischen Januar und November 2006 für die Tötung von 165 Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte und 46 Zivilisten verantwortlich gewesen sein. Im gleichen Zeitraum sollen 182 vermeintliche Maoisten getötet worden sein. Unter Berufung auf die Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) wird ebenfalls erwähnt, dass die Zahl der Tötungen nach dem April signifikant zurückgegangen sei. Eine weitere ehemalige maoistische Splittergruppe, die *Janatantrik Terai Mukti Morcha* (JTMM) wurde ebenfalls zu einer terroristischen Vereinigung erklärt, „da sie mit Gewalt die Sezession der südlichen Terai-Ebene vom übrigen Nepal anstrebt“, heißt es weiter in dem Bericht.

Maoisten fordern 500 Millionen Rupien für Unterhalt der PLA

Die Maoisten haben von der Regierung für die kommenden sechs Monate 500 Millionen Rupien für den Unterhalt der 30.852 registrierten PLA-Kämpfer gefordert, die nach ihrer Entwaffnung gemäß dem Friedensabkommen in sieben Hauptlagern und ca. 20 Nebenlagern untergebracht wurden. Ein führendes Mitglied der CPN-M erklärte dazu: „Wir fordern 3.000 Rupien im Monat als Taschengeld für unsere PLA-Kämpfer neben der monatlichen Zahlung von 1.800 Rupien für das Essen.“ Im April hatten mehrere Tausend der in sieben Hauptlagern und zahlreichen Nebenlagern internierten ehemaligen maoistischen Guerilla-Kämpfer vorübergehend ihre Lager verlassen, um gegen unzumutbare Zustände in den Lagern zu protestieren und die Forderung ihrer politischen Führung nach sofortiger Beendigung der Monarchie und Proklamation einer Republik zu unterstützen.

Oberster Gerichtshof verlangt Erklärung wegen Rayamajhi-Bericht

Der Oberste Gerichtshof hat eine offizielle Erklärung von der nepalischen Regierung darüber verlangt, warum sie den Bericht der Rayamajhi-Kommission unter Verschluss hält. Mehrere nepalische Anwälte hatten einen entsprechenden Antrag damit begründet, dass die Regierung eine Veröffentlichung des Berichts verhindere, weil sie sich davor scheue, strafrechtliche Maßnahmen gegen die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Unterdrückung des Volksaufstands im April 2007 zu ergreifen. Damals waren mehrere Dutzend Menschen von Sicherheitskräften getötet und Tausende verletzt worden, viele von ihnen schwer. Im Bericht der Rayamajhi-Kommission werden mehr über 200 Personen genannt, die für die repressiven Maßnahmen verantwortlich waren und Vorschläge zu deren strafrechtlichen Verfolgung unterbreitet.

Vereinte Nationen fordern Beendigung von Diskriminierung

Die Leiterin des Büros des Hochkommissariats für Menschenrechte in Nepal (OHCHR) Lena Sundh hat die Beendigung sämtlicher Formen von Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung auf der Basis von Kasten- und ethnischer Zugehörigkeit gefordert. Sundh erklärte, dass große Anstrengungen erforderlich seien, um die tiefer liegenden Ursachen dieser und anderer Formen von Diskriminierung zu beseitigen. Bereits 2004 hatte das UN Komitee zur Beendigung von Rassendiskriminierung Empfehlungen zu 13 Bereichen vorgelegt und die Regierung aufgefordert, besondere Maßnahmen zu ergreifen, um historisch benachteiligten Gruppen das Recht zur Teilnahme an Wahlen und angemessene Repräsentanz in staatlichen Behörden und Regierung zu ermöglichen. Eine faire Beteiligung von Dalits, Madhesis und Janajatis bei den bevorstehenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung wäre ein Signal, dass der Staat seinen Auftrag ernst nähme, allen Nepalis die volle Ausübung ihrer Bürgerrechte zu ermöglichen.

Über 1,7 Millionen Staatsbürgerschaftsurkunden verteilt

Nach Informationen des Innenministeriums sind im Zeitraum zwischen Mitte Januar und Mitte März 2007 im ganzen Land 1.23.900 Staatsbürgerschaftsurkunden durch mobile Teams verteilt worden. Davon wurden nach Auskunft des Ministeriums ca. 1.617.000

Urkunden auf der Grundlage von Abstammung, ca. 72.600 auf der Grundlage von Geburt und über 34.000 im Zuge von Einbürgerung erteilt. Wegen häufiger Streiks und Bandhs hat sich die Verteilung in einigen Terai-Distrikten verzögert. Insgesamt besaßen vor Beginn der Verteilung schätzungsweise 4 Millionen Nepalis keine Staatsbürgerschaftsurkunden.

Nationale Menschenrechtskommission macht Forum und Maoisten gleichermaßen für Gaur-Massaker verantwortlich

Ende April hat die Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) ihren Untersuchungsbericht zum Gaur Massaker veröffentlicht und beide Seiten, die *Communist Party of Nepal Maoist* (CPN-M) und das *Madhesi Janadhikar Forum* (MJF), für verantwortlich erklärt. Wie die NHRC mitteilte, sei es nicht zufällig zu den brutalen Vorfällen am 21. März gekommen, die zum gewaltsamen Tod von 29 Menschen und zahlreichen Verletzten geführt hatten. Vielmehr seien viele Anhänger des MJF bereits mit Bambusstöcken und anderen Waffen auf der Veranstaltung erschienen. Beide Seiten hätten das Feuer eröffnet, auch seien indische Kriminelle an den Aktionen beteiligt gewesen. Der Bericht weist außerdem auf eklatantes Versagen der staatlichen Behörden und Sicherheitskräfte hin. Die Ausschreitungen hatten begonnen, als Anhänger beider Gruppierungen zeitgleich Versammlungen in unmittelbarer Nähe abhielten. Anhänger des Forums hatten die Bühne der CPN gestürmt. Dabei waren auch Schüsse gefallen. Anschließend hatte ein von der MJF geführter Mob gezielt Jagd auf Anhänger der CPN gemacht und diese, darunter auch mehrere Frauen gelyncht.

Schulbücher in 16 Sprachen

Das Zentrum für Curriculum-Entwicklung (CDC) in Sanothimi will Schulbücher für die Klassenstufen eins bis fünf in 16 verschiedenen Sprachen veröffentlichen. Wie der Leiter des CDC Haribol Khanal erklärte, sind muttersprachliche Schulbücher bereits in zwölf Sprachen – Awadhi, Gurung, Rai, Chamling, Tamang, Tharu, Newar, Magar, Bhojpuri, Maithili, Rai Bantawa, Limbu und Sherpa – gedruckt. Ergänzend dazu hat das Zentrum bereits Referenzmaterialien in mehreren Muttersprachen – Awadhi, Maithili und Limbu – erstellt, in denen Lebensweise, Kultur, Märchen und Erzählungen der betreffenden linguistischen Gemeinschaften enthalten sind.

Quellen: *Nepalnews* (online), *Kantipur* (online), *The Himalayan Times* (online)